

DGB Nord · Besenbinderhof 60 · 20097 Hamburg  
Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Claus Christian Claussen, Vorsitzender  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag**  
**Umdruck 20/2297**

**Stellungnahme des DGB Nord zum Antrag Weiterbildungsstrategie umfassend anlegen - Drucksache 20/1159 (Antrag der Fraktion der SPD)**

13. November 2023

Sehr geehrter Herr Claussen, sehr geehrte Abgeordnete,

mit Schreiben vom 29. September 2023 geben Sie uns die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Antrag „Weiterbildungsstrategie umfassend anlegen“ (Drucksache 20/1159 - Antrag der Fraktion der SPD). Diese Gelegenheit nehmen wir als DGB Bezirk Nord gerne wahr.

**Laura Pooth**  
Vorsitzende  
DGB Nord

**Deutscher Gewerkschaftsbund**

Besenbinderhof 60  
20097 Hamburg  
Telefon: 040/607766122  
Mobil: 0170/1432329

[laura.pooth@dgb.de](mailto:laura.pooth@dgb.de)

Ob Klimaneutralität, Digitalisierung, Demographie oder neue globale Kräfteverhältnisse: Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft stehen vor umfassenden Veränderungen. Wir wollen eine Transformation, die Schleswig-Holstein sozial, ökologisch und demokratisch zum Besseren verändert. Betriebliche Qualifizierung sowie berufliche und allgemeine Weiterbildung sind eine wesentliche Voraussetzung zur Bewältigung dieser strukturellen Herausforderungen. Insgesamt ist die Beteiligung an Weiterbildung im letzten Jahrzehnt wieder gestiegen, doch angesichts der bestehenden Weiterbildungsbedarfe und der Notwendigkeit des lebenslangen Lernens (LLL) nehmen viel zu wenige Menschen an Weiterbildungen teil. Nach wie vor haben bestimmte Personengruppen deutlich niedrigere Beteiligungsquoten: Neben Erwerbslosen gilt dies besonders für Beschäftigte ohne Berufsabschluss, in atypischen Beschäftigungsverhältnissen (v. a. Frauen und Menschen mit Zuwanderungshintergrund) und mit hohen Anteilen an Routinetätigkeiten. Nötig sind deshalb bessere Rahmenbedingungen für eine massive Steigerung der Weiterbildungsbeteiligung mit einem besonderen Fokus auf die Erhöhung der Chancengleichheit.

Insofern begrüßen wir ausdrücklich die Erarbeitung der im Koalitionsvertrag der Regierungskoalition angekündigten „umfassenden Weiterbildungsstrategie“ für Schleswig-Holstein. Die acht im vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion genannten Maßgaben, die bei der Erarbeitung Beachtung finden sollten sind unseres Erachtens grundsätzlich richtig. Besonders unterstreichen wollen wir, bezugnehmend auf den ersten genannten Punkt, dass der Strategie ein breiter Bildungsbegriff zugrunde liegen sollte, der sowohl allgemeine, politische als

auch berufliche Weiterbildung beinhaltet. Diese inhaltliche Breite von Weiterbildung findet sich bereits als Aufgaben- und Zielbeschreibung in § 3 des Weiterbildungsgesetzes Schleswig-Holstein (WBG). Nur eine umfassende Bildung ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und ist damit auch eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung unserer Demokratie.

Das schleswig-holsteinische Weiterbildungsgesetz formuliert Aufgaben sowie Ziele von Weiterbildung und regelt das Recht auf Bildungsfreistellung mit dem zugehörigen Anerkennungsverfahren. Die Weiterbildungsstrategie sollte unseres Erachtens auch eine Reform des Weiterbildungsgesetzes zum Gegenstand haben, mit dem Zweck eine Förderstruktur zu schaffen, welche die Rahmenbedingungen zur Erreichung der im Gesetz bereits genannten Ziele bildet.

Dies ist besonders auch deshalb von großer Bedeutung, weil die Struktur der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung in Deutschland, anders als die stark regulierte berufliche Erstausbildung, kaum zu überschauen ist. In der weiten Landschaft der Weiterbildungsträger mit einer Vielzahl von Angeboten unterschiedlicher Qualität ist eine stärkere gesetzliche Regulierung angebracht. Angesichts des Fachkräftemangels im Bildungsbereich und der dringend benötigten gut ausgebildeten Lehrkräfte müssen auch Maßnahmen zur Sicherung guter Arbeitsbedingungen in der Branche Gegenstand einer umfassenden Weiterbildungsstrategie sein. Eng damit verbunden ist auch die Notwendigkeit einer auskömmlichen und gesicherten Finanzierung von öffentlich-geförderten Weiterbildungsmaßnahmen, die eine angemessene Entlohnung der Lehrkräfte erst ermöglicht.

Die Erarbeitung der Weiterbildungsstrategie für Schleswig-Holstein sollte sich in den Kontext der Nationalen Weiterbildungsstrategie einbetten und sich sowohl bezüglich der zu bearbeitenden Handlungsfelder als auch der Beteiligung der Sozialpartner sowie weiterer maßgeblicher Institutionen an ihr orientieren.

Für einen solchen Beteiligungsprozess stehen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften gerne bereit. Wir bedanken uns noch einmal für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Laura Pooth